

Der Besselschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gründet 1828

Freitag, den 26. Oktober 1922

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Zeigen sich daher von bestem Erfolg.

Der Preis beträgt pro Quartal 3 Mark, pro Halbjahr 6 Mark, pro Jahr 12 Mark. Einmalige Anzeigen werden nach dem Tarif berechnet.

Telegraphen-Adresse: Gesellschaft Nagold. Postfachkonto: Stuttgart 6118.

Er scheint an jedem Werktag, Bestellungen nehmen sämtliche Postämter und Buchhandlungen entgegen.

Preis: 12 Pf. pro Stück, 3 Mark pro Quartal, 6 Mark pro Halbjahr, 12 Mark pro Jahr. Einmalige Anzeigen werden nach dem Tarif berechnet.

Anzeigen-Gebühr für die einseitige Seite aus der öffentlichen Schrift oder dem Namen bei einmaliger Einrückung 48 Pf., bei mehrmaliger Rücktritt nach Tarif. Bei gerichtlicher Freisprechung u. Konfiskation ist der Gebühr hinzuzufügen.

Nr. 250

Donnerstag, den 26. Oktober 1922

96. Jahrgang

Tagespiegel

Wie verlautet, soll das englische Parlament am Donnerstag aufgelöst werden. Die Wahlen werden voraussichtlich am 15. November stattfinden.

Die amerikanische Regierung will die Zurückziehung ihrer Truppen aus dem Rheinland noch einmal in Erwägung ziehen, nachdem die französische Regierung ihre „Verwundung“ über die angebliche Absicht nicht hatte unterdrücken können. — Es scheint sich wieder um ein Wahlmanöver Handlugs zu handeln, das auf den Fang der deutschen Stimmen berechnet war.

Poincaré hat die Regierung von Nagora verständigt, daß England, Frankreich und Italien sich verständigt haben, die Friedenskonferenz am 13. November in Lausanne beginnen zu lassen. Es wird für möglich gehalten, daß von türkischer Seite Einwendungen erhoben werden.

Barthous Denkschrift

Die französischen „Recomptes“

Aus Paris über Basel: Am Freitag der vergangenen Woche hat Frankreich den Gegenschlag auf die englischen Vorschläge getan. Barthou überreichte der Entschädigungskommission die französische Denkschrift, nachdem er — und dies ist bemerkenswert — nochmals in einer vertraulichen Besprechung mit Poincaré den „endgültigen Vorschlag“ des Schriftstellers festgelegt hatte. Das heißt nichts anderes, als daß diejenigen Vorschläge der Finanzfachverständigen, die der Verantw. und der Einsicht in den wahren Zustand Deutschlands entsprangen, in letzter Minute gestrichen und dafür die politischen Forderungen der Poincaréschen Regierung eingeleitet wurden. Die Denkschrift ist jetzt auch darnach. Sie bemüht sich trumpschlagend zur Begründung ihres unerbittlichen Standpunkts das „Räuber“ der deutschen Zahlungsunfähigkeit zu zerschlagen, indem sie unterscheidet zwischen dem von der Wirtschaftlichen Erfüllungspolitik angeblich bewirkt herbeigeführten Finanzungsstand des Deutschen Reichs und dem „blühenden Wohlstand“ der deutschen Industrie. Mit förmlichem Reich wird das Fehlen von Arbeitskraft und das Vorhandensein des „wirklichen“ Kapitals in Deutschland festgestellt, während die deutsche Regierung demnach ihre „Verantwortung“ anlagern werde. Diesen Standpunkt — und hier legt nun der französische Gegenstand ein — dürfe man nicht abwarten. Den neuen Zahlungsausschuss, den der Vorschlag Sir John Bradburns bewilligen wolle, werde verweigert oder höchstens gegen neue Pläne der Gewähr. Die Aussicht auf die Brüsseler Konferenz wird zwar offen gelassen, aber die französische Regierung erwartet von diesem internationalen Kongress nicht wie die übrige Welt eine Klärung des europäischen Finanzproblems, sondern „Abmachungen“, durch die die Ansprüche Frankreichs gesichert werden.

Man sieht, die französische Regierung steht genau auf demselben Punkt wie vor vier Monaten und vor vier Jahren. Sie hat nichts gelernt und will nichts vergessen. Ihr kommt es nach wie vor darauf an, auf irgend eine Weise die „bösen Willen“ Deutschlands zu beweisen, um endlich zu offizieren Gewalt übergehen zu können. Deutschland will nicht zahlen, Deutschland will nicht, daß seine Regierungsinanzen gelunden. Das ist die französische Behauptung, und aus ihr ergeben sich die neuen Forderungen Barthous. Man will nicht mit Deutschland verständige Wirtschaftspolitik treiben, sondern man errichtet ein politisches Gewaltsystem der Ueberwachung. Der Garantiemodus hat sofort in Berlin ein Schreckensregiment zu errichten, gegen das die Nachbarn der Reichsregierung Schuldenverwaltung keines Kinderfußes waren. Mit „aller Mitteln der Nachforschung“ hat dieser neue Vorwand die Finanzgebahrung des Deutschen Reichs zu durchschneiden und — das ist des Pudels Kern — jeden „Verstoß“ sofort den Mächten zu melden, damit man daraus die Verlaumdung und den bösen Willen Deutschlands „machen“ kann. Immer wieder schaut dieser politische Pferdeschuh aus den „wohl gemeinten“ Vorschlägen der Franzosen hervor. Und zwar man schließt dem merkwürdigen Reformplan, der sich auf die Goldreserve der Reichsbank bezieht, auf den Grund geht, wie man schnell merken, daß es nur zum Schein auseinandergelegt wird, um dem Gewaltsystem ein finanzpolitisches Mantelchen anzuhängen. Auch die Ankündigung eines Garantiefonds auf das Konto des Garantieauschusses ist technisch und wirtschaftlich dummer Unsinn. Dieser Vorschlag vertritt nunmehr schlecht die wahre Absicht der französischen Politik, den Schnitt in die Substanz des deutschen Wirtschaftskörpers zu machen. Wohin die Reise geht, ergibt sich deutlich aus der Beileitungsliste, die zu dem Vorschlag der französischen Regierung in der Abgeordnetenkammer angeschlossen wird. Fast sieht es aus wie ein Spiel mit verteilten Rollen. Der Abgeordnete Paul Reynaud stellt die Anfrage zur selben Stunde, da Barthou seine Denkschrift veröffentlicht hat, im Parlament über die Entschädigungsfrage. Reynaud hat sich kürzlich wieder einmal Deutschland und seinen wirtschaftlichen Zustand angesehen und kommt zu dem Schluss, daß nach dem neuen Marktgesetz weder der Plan des französischen Wiederaufbauministers Le Troquer

(Fransarbeiten deutscher Arbeiter in Frankreich außerhalb des Kriegsgebietes), noch das Stimmabkommen durchführbar seien. Man müsse also — zur Politik zurückkehren. Deutschland sei, wenn es der französischen Methode Widerstand leisten, einfach als Belagter zu behandeln. Die Lösung der Frage liegt — im Ruhrgebiet! Was man also aus den geheimen Beratungen der Entschädigungskommission nicht erfährt, das hört man in der französischen Kammer. Die deutschen Trabant der Regierung Poincaré werden sich dort unso offener ausdrücken, als man zur Zeit von England, das in den Wehen der Kabinettskrise und der Neuwahlen liegt, seinen ersten Widerstand erwartet.

Es ist zu bemerken, daß nach einer Mitteilung des Pariser „Eclair“ der englische Vertreter in der Entschädigungskommission, Bradburn, die Gegenanschläge Frankreichs abgelehnt hat, weil sie infolge ihrer politischen und wirtschaftlichen Rückwirkungen auf Deutschland unglücklich und unbrauchbar seien. Außerdem widersprechen sie dem Artikel 24 des Friedensvertrags. Die Brüsseler Konferenz hält Bradburn für vollkommen nutzlos, da nach dem Vertrag von Versailles die Entschädigungskommission allein das Recht habe, die Zahlungsbedingungen Deutschlands für 1923 und 1924 festzusetzen. Der Londoner „Daily Chronicle“ meint, auf die maßgebenden englischen Kreise werde der französische Plan nicht gebilligt; die Uebernahme der deutschen Finanzverwaltung durch die Verbündeten laufe allen bisherigen Vereinbarungen zuwider. — Trotzdem ist wohl Grund zur Annahme, daß die britische Regierung, zumal jetzt unter Bonar Law, den Absichten Poincarés und Barthous keinen unbefleglichen Widerstand entgegensetzen wird.

D. Schriftstg

Die Gründungsfeier von German Town

Einer New Yorker Meldung zufolge richtete Präsident Harding an den Deutschamerikanischen Ausschuss für die Feier der Gründung von German Town bei Philadelphia durch Krefelder Missionen im Jahr 1683 ein Schreiben, in dem er erklärt, er wünsche, es wäre ihm möglich, die Einweihung zur Feier anzunehmen und sich der Huldigung für die ersten deutschen Pioniere in Amerika anzuschließen. Er sei angenehm berührt davon, daß Amerika mit dem großen deutschen Heimausland wieder in Frieden lebe.

Der 6. Okt. 1683 gibt den Deutschen in Amerika als der Anfangstag der deutschen Geschichte in den Vereinigten Staaten. An diesem Tag landete nämlich das Schiff „Concord“, das die 13 Krefelder Familienhäupter übers Meer brachte, in Philadelphia, nachdem es am 24. Juli in Gravesend die Anker gelichtet hatte. Die Namen der 13 Familienhäupter waren folgende: Dirk, Abraham und Hermann op den Graeff, Lenert Kreis, Tuencro Runders, Reinert Lissen, Wilhelm Streper, Jan Velsen, Peter Keurfs, Jan Simons, Johann Stelkers, Abraham Tuencro und Jan Velsen. Sie waren größtenteils miteinander verwandt oder verschwägert und waren teilweise schon in Deutschland Quäker geworden; die übrigen traten in Amerika der Gesellschaft der Freunde bei. Nach Ankomst der „Concord“ mußte zunächst ein Wohnort gesucht werden. Die Deutschen hatten sich zunächst das Recht auf 43 000 Morgen Land erworben, und zwar in einer Gegend, die an einem schiffbaren Fluß gelegen war. Wilhelm Penn, der Gründer Pennsylvanien und der Hauptstift Philadelphia, erfüllte aber diese Vertragspflicht nicht, und so mußten sich die Krefelder etwa zehn Kilometer oberhalb Philadelphias niederlassen; ihre Gründung nannten sie gleich mit einem englischen Namen German Town; Deutschentown; sie bildet noch heute unter ihrem alten Namen den 22. Verwaltungsbezirk der Stadt Philadelphia. Die Erinnerung an die Gründung German Towns vor 240 Jahren wird mit Recht zum Anlaß einer großen Feier gemacht, zu der auch der Präsident Harding eingeladen worden ist. Die Feier findet das amtl. Amerika bis zum 6. Oktober 1923 endlich auch etwas wärmere Töne, als es sie nach den obigen Worten Hardings bis jetzt aufzubringen vermag.

Das Geheimnis der Schwingung

Die deutsche Öffentlichkeit ist zu Beginn dieser Woche durch die Bekanntgabe einer neuen Erfindung überrascht worden. Der Oberingenieur Heinrich Schleserlein, in Fachkreisen längst gut bekannt durch seine verdienstvolle Arbeit auf funktentelegraphischen Gebiet, hielt vor Berliner Behörden und Sachverständigen am vergangenen Sonntag einen Vortrag, in dem er die von ihm erfohrne Aufgabe entwickelte, in allen Zweigen des Maschinenbaus die „Rotation“ durch die „Vibration“, die Umdrehung durch die Schwingung zu ersetzen. Die Sache ist auch für den Laien sehr leicht zu verstehen: Bei allen sich hin- und herbewegenden Maschinenteilen tritt leicht Störung und starke Abnutzung des Materials ein, wenn die Richtungsänderung eines Teils, z. B. des stehenden Kolbens viele Kraft verschlingt. Der Schnelligkeit der Bewegung sind dabei immer Grenzen gesetzt, und die Widerstände und Reibungen der Umdrehung führen oft unmittelbar zur Gefahr des Materialbruchs und der unüberschaubaren Geschütterung. So bei Schiffsmaschinen, Türmen, Eisenbahnbrücken. Wird aber

ow zum und Herbewegung in eine naturliche Schwingung verwandelt, so bleiben ungeheure Kraftverluste erspart. Schleserlein ist auf diesen Gedanken durch die Erforschung der elektrischen Schwingungen bei der Funktentelegraphie gekommen. Er hat den Massenflug der Vögel beobachtet und weist an den Kurven der Flügelhaltung nach, wie die Tiere instinktiv eine schwingende Bewegung ihrer ganzen Gruppe herstellen, um Kraft zu sparen und, wie es scheint, die Schwächeren mitzureißen. Auf die Maschinen des Menschen übertragen: Der Propeller des Flugzeugs wird durch ein schwingendes Fortschrittsmittel ersetzt. Die Uebertragung der Kraft, Anker mehr, die Schwingungen des Pendels wirken ohne Hin- und Herbewegung auf das Gangwerk ein. Schleserlein zeigte eine Nähmaschine, einen Elektromotor, ferner Schlag- und Stampfwerkzeuge, die alle nach dem neuen System der Schwingung gebaut sind. Vorgeführt wurde ein Reibel, der durch Eigenschwingung ein starkes Eisenstück benähigt ohne dafür mehr Kraft als den vierzigsten Teil einer Pferdekraft zu benötigen. Bisher waren die Kraftverluste, je rascher der Richtungswechsel der Bewegung erfolgte, umso größer. Sie traten besonders bei schnelllaufenden Dieselmotoren, bei Schlagwerkzeugen, Webstühlen, Nähmaschinen und Schiffswellen störend und hemmend auf. Bringt man dagegen die sich drehenden Teile in eine gewisse Eigenschwingung, die jeder Gegenstand kraft seiner Masse und Elastizität ohne weiteres besitzt, so ergibt sich eine gewaltige Aufwirkung. Die schwingenden Teile der Maschine werden mit den Antriebsmitteln in entsprechende Abstimmung gebracht, wie die Töne in der Musik und wie die Wellen in der Funktentelegraphie.

Der Gedanke ist verblüffend, die Konstruktion bestehend. Es fragt sich nur, welche Umdrehung der Technik infolge des Schleserleinschen Gedankens bevorsteht und wie sich der technische Fortschritt volkswirtschaftlich auswirkt. In Deutschland, wo alle nachdenkenden Zeitgenossen von der Empfindung gewirrt werden, daß man bei einem Dollarkurs von vielleicht bald 5000 vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch steht, liegt der Gedanke besonders nahe, daß eine Erfindung die Rettung bringen könnte, wenn sie zu außerordentlicher Erhöhung der Erzeugung und zu gewaltiger Ersparung von Werten führt. Dieser Gedanke ist schon mehrmals in den vier Jahren seit Kriegsende aufgetaucht. Er führte zu dem Schlagwort des „Kohlenereiges“ durch Ausnutzung des atmosphärischen Drucks (der Luftdruckmotor), der Erdbeschleunigung (der Schwerkraftmotor) und der Atomzertrümmerung (die Entdeckung Rutherford). So rasch auch jedesmal dieser Traum aufsteige und von vielen mitgetragen wurde, so schnell zerfiel er auch. Die Rettung der nationalen Erzeugung durch eine technische Geniearbeit erwies sich bisher stets als ein Unmögliches. Darum wird es gut sein, diesmal nicht allzu große Hoffnungen politischer Art an die neue aufstauende Erfindung zu knüpfen. Mit der weiteren Nachprüfung der Schleserleinschen Vorschläge befaßt sich zunächst eine deutsch-amerikanische Studiengesellschaft, die „Coöperative Power Cooperation“. Sollte die Erfindung potenziell im Sinn der Befehle sein, so ist allerdings die Frage berechtigt, ob die Patente nicht für nationale Ausnutzung gesichert und so vielleicht doch zum besonderen Vorteil der deutschen Wirtschaft verwendet werden könnten.

— er.

Die Rügenmaste fällt

ep. Unter den Gründen, deren man sich zur Wegnahme unserer Kolonien bediente, spielte auch der Vorwurf eine Rolle, Deutschland habe die Eingeborenen mit Schnaps vergiftet. In Wirklichkeit war die deutsche Kolonialverwaltung schon längst freiwillig über die Brüsseler internationalen Beschlüsse zur Eindämmung des Afrika überflutenden Alkoholhandels hinausgegangen, während die englische und noch mehr die französische Verwaltung weit dahinter zurück blieb. Nun aber bringt die englische Kolonialzeitung „Westminster“ schmerzhaftes Tatsachen-Material darüber, daß England und Frankreich unter der Tarnhülle der „Amerika“ die eigenen und die ehemals deutschen Schatzgebiete unter ein Schnapsüberflutung gesetzt haben, wie sie bisher dort nicht ihresgleichen gehabt hat. Nach einem Bericht der französischen „Dépêche coloniale“ hat sich allem in Dänemark der Alkoholverbrauch gegenüber der Zeit vor dem Krieg verdreifacht. Der Generalgouverneur von französisch Indochina hat den nachgeordneten Stellen die Förderung von Kleinverkaufsstellen für Alkohol und Opium aus Herz gelegt. Zu diesen Vorgängen schreibt eine französische Zeitschrift: „Hier fällt die Rügenmaste von Versailles, die Deutschland seiner Kolonien aus angeblich menschenfreundlichem Interesse für die Eingeborenen beraubte.“

Erzeugungsteigerung der Landwirtschaft

L.C. Im letzten Heft von „Wirtschaft und Statistik“ werden vorläufige Ernteschätzungen der Saatensstandsberichterstattung vom August 1922 mitgeteilt und dem Gesamtergebnis in Tonnen der Jahre 1921 und 1913 gegenübergestellt. Um nur den Roggen herauszugreifen, so laut der Gesamttertrag von 10,1 Millionen Tonnen im Jahr 1923 auf 6,8 Mill. Tonnen im Jahr 1921 und auf 5,3 Mill. Ton-



nen im Jahr 1922. Die Anbauflächen betragen dabei im Jahr 1913 5,3, im Jahr 1921 4,3 und im Jahr 1922 4,1 Millionen Hektar. Aber weit mehr als der Rückgang der Anbauflächen fällt der erheblich geringere Hektarertrag ins Gewicht. Von einem Hektar wurden nach diesen Feststellungen im Jahr 1913 geerntet 19,3 Doppelzentner, 1921 15,9 Doppelzentner und 1922 12,9 Doppelzentner.

Die Landwirtschaft muß unbedingt in die Lage versetzt werden, die Getreideanbauflächen wieder zu vergrößern und auf diesen Anbauflächen intensive Wirtschaft zu treiben. Das kann nur geschehen durch Fortschritte in der Betriebsführung, die hauptsächlich in der möglichst ausgedehnten Verwendung von Maschinen und neuzeitlichen Hilfsmitteln aller Art, Kunstdünger usw. bestehen. Wenn man aber durch Zwangsmassnahmen der Landwirtschaft weiter die Entwicklungsmöglichkeiten eindämmt und nicht Rücksicht nimmt auf ihre Besonderheiten, dann wird dieses Ziel auch nicht erreicht werden können und die gesamte Wiederaufbauarbeit im deutschen Wirtschaftsleben ist in Frage gestellt. Was wir brauchen, ist Brot. In erster Linie hat man deshalb darauf zu sehen, daß eine genügende Menge Brotgetreide im Lande erzeugt wird. Solange wir einen Währungsstand haben wie heute, wird die deutsche Landwirtschaft um vieles billiger erzeugen, als das Ausland und der Getreidepreis wird sich in Deutschland stets unter dem Stand des Weltmarktpreises halten können. Es widerspricht aber jeder wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit, wenn durch irgend einen ungebührlichen Zwang die landwirtschaftlichen Erzeugnisse billiger auf den Markt gebracht werden sollen, als man sie tatsächlich erzeugen kann. Unter solchen Umständen muß auf Fortbildung der Betriebsführung durch die notwendigen Hilfsmittel und die intensive Bewirtschaftung, kurz auf die Steigerung des Ertrags verzichtet werden und den Schaden hat in letzter Linie die Gesamtheit des Volkes, die aus dem Wirtschaftselend nie wieder heraus käme.

Kleine politische Nachrichten.

Einladung ausländischer Sachverständiger

Berlin, 25. Okt. Die Reichsregierung hat eine Anzahl hervorragender Finanzsachverständiger aus dem Ausland, darunter den englischen Volkswirtschaftler Keynes, nach Berlin eingeladen, um ihre Ansicht über die Festigung der Mark und die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu vernahmen.

Erste Loge — Die Devisenordnung nicht durchführbar

Berlin, 24. Okt. Nach der gestrigen Kabinettsitzung hat der Reichskanzler eine Besprechung mit den Parteiführern. Er stellte die Frage, ob Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage die Sachlieferungen im bisherigen Umfang weiterführen könne. In der Aussprache wurde von allen Seiten betont, daß die neue Devisenordnung nicht durchführbar sei. Ein besonderer Ausschuss soll die Frage einer Abänderung der Verordnung prüfen. Alle Teilnehmer der Besprechung stimmten darin überein, daß die innere Lage des Reichs als äußerst ernst zu betrachten sei. Der Reichstag wird sich sehr bald vor sehr wichtige Entscheidungen gestellt sehen.

Parteien-Kraftprobe?

Berlin, 24. Okt. Der „Vorwärts“ schreibt, durch die Bildung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Zentrum, Demokratie und Deutsche Volkspartei) habe sich die Parteigruppierung auf die sich die Regierung stütze, geändert und die Mißstände, die sich der sozialdemokratischen Beeinflussung entgegenstellen, haben sich ganz außerordentlich verstärkt. Das Blatt läßt durchblicken, daß die Sozialdemokratie vor einer Kraftprobe nicht zurückschrecken werde.

Es wird bemerkt, daß der rechte Flügel des Zentrums mit dem Finanzminister Dr. Hermes immer weiter von der Koalitionsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten abdrückt. Die Reibungen zwischen dem sozialdemokratischen Wirtschafts-

minister Schmitt und Hermes haben in der Frage der verunglückten Devisenordnung und des Umlagepreises eine auffallende Schärfe angenommen, die der dem linken Flügel des Zentrums angehörende Reichskanzler Dr. Brüning bisher nur mit Mühe ausglich.

Berlin vor dem finanziellen Zusammenbruch

Berlin, 24. Okt. In einer Vorlesung des Berliner Magistrats am 23. Okt. über die Finanzlage Groß-Berlins ein sehr düsteres Bild entworfen. Die Geldverwertung habe den ganzen Haushalt über den Haufen geworfen, so daß der Magistrat beschloß, alle noch nicht in Ausführung begriffenen Hoch- und Tiefbauten aufzugeben. Das Büropersonal und die städtische Arbeiterschaft müsse bedeutend verringert und der Geschäftsgang vereinfacht werden. Die städtischen Betriebe ergebende nicht nur keine Einnahmen, sondern erfordern bedeutende Zuschüsse, trotz der Ausgabe von zwei Milliarden Notgeld habe die Stadt die Gehälter und Löhne nur teilweise ausbezahlen können. Wenn nicht durch Reichs- und Landesgesetz sofort den Gemeinden bedeutende Steuereinnahmen zugeführt werden können, so sei der finanzielle Zusammenbruch Berlins unvermeidlich. Im Lauf der nächsten Monate müsse man eine Reihe gemeinnütziger und sozialer Einrichtungen aus Mangel an den notwendigen Mitteln eingehen lassen.

Unter den Angestellten und Arbeitern der Stadt ist eine große Erregung entstanden, weil die Stadtverwaltung sich verpflichtete erklärte, den verlangten Voranschlag von 2000 M auszubahlen.

10 Millionen Goldfranken für die Behebung Oberschlesiens

Paris, 25. Okt. Der verbündete Ausschuss hat die Kosten für die Behebung Oberschlesiens auf 10 Millionen Goldfranken (9 Milliarden Mark) festgelegt, die von Deutschland und Polen zu gleichen Teilen zu tragen sind. — Dafür, daß die Franzosen in Oberschlesien drei polnische Aufstände angezettelt haben, soll also Deutschland auch noch 4 1/2 Milliarden Belohnung an die Herren Aufwiegler bezahlen!

Vom Staatsgerichtshof

Leipzig, 25. Aug. Der Schriftsteller Dr. Stein wurde von der Anklage der Begünstigung der Rathenau-Mörder freigesprochen. Kapitänleutnant Dietrich zu 6 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft verurteilt. Strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß Dietrich aus Kameradschaftlichkeit gehandelt hatte.

Wie die P.P.R. berichtet, hat der Oberreichsanwalt gegen Harter D. G. Traub ein Verfahren wegen Beleidigung des Reichspräsidenten eingeleitet.

Polnische „Organisationen“ mit französischem Kredit

Paris, 25. Okt. Durch eine Gesetzesvorlage der Regierung in der Kammer erhält man Kenntnis von dem Abschluß eines geheimen Abkommens zwischen Frankreich und Polen. Die polnische Regierung soll demnach bis zu 400 Millionen Franken erhalten für „Organisationsbestrebungen“, die innerhalb Frankreichs seit Februar 1921 ausgeführt werden. — Welcher Art diese Organisationen sind, verschweigt der Gesetzesentwurf.

Das neue englische Kabinett

London, 25. Okt. Das neue Kabinett ist gestern abend folgendermaßen gebildet worden: Premierminister: Bonar Law; Vorkanzler: Biscourt Cooze; Vordirektor des Geheimen Rats und stellv. Führer des Oberhauses: Lord Salisbury; Schatzkanzler: Baldwin; Staatssekretär des Innern: Bridgeman; Staatssekretär der Kolonien: Herzog von Devonshire; Staatssekretär für Indien: Biscourt Peet; Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten: Lord Curzon; Staatssekretär des Kriegswesens: Lord Derby; Handelsminister: Philipp Lloyd George, Erster Lord der Admiralität: Amery; Gesundheitsminister: Arthur Boscawen; Landwirtschaftsminister: Robert Sanders. — Einige Ämter sind noch zu besetzen. Auch die Unterstaatssekretäre sind noch nicht ernannt.

zu zeichnen. Auch ein Herr in der Familie des Begaten von Ravenna handelte mit einem Amethyst mit derselben Inschrift ab, doch auch mit ihm hielt ich es nicht für wichtig, besondere Vorsicht anzuwenden. Hal da ist ein Abzeichen, es scheint wahrlich von meiner Hand!

„Finstest du endlich einen Haken? Was ist das für ein Abzeichen, von dem du sprichst?“
„Keins, edler Senator; nur ein Fehler an einem Buchstaben, der den Augen eines alzu leichtgläubigen Mädchens sicher entgeht.“

„Und du verkaufst diesen Ring an —?“
„Osea zögerte, denn er sah seine Belohnung durch eine zu rasche Angabe des Besitzers gefährdet.“

„Wenn es von Wichtigkeit ist, die Tatsache herauszubringen,“ sagte er, „so will ich meine Bücher betrogen. In einer Sache von dieser Ernsthaftigkeit darf der Senat nicht irre geleitet werden.“

„Du sprichst recht. Die Sache ist ernsthaft und die Belohnung hinlängliche Bürgschaft, daß wir sie dafür halten.“
„Ihr sagtet da was von hundert Zehnten, erlauchter Herr. Doch meine Seele nimmt solche Bemerkungen wenig in Acht, wenn es sich um das Wohl Benedig's handelt.“

„Hundert ist die von mir versprochene Summe.“
„Ich erkenne einen Siegelring, mit solcher Gravierung einem Weib im Dienste des ersten Herrn beim Nummus. Doch dieses Siegel kann nicht von da kommen, da ein Weib von ihrem Stande —“

„Weißt du es gewiß?“ unterbrach ihn hastig Signor Grandenigo.
„Osea sah seinen Mann ernsthaft an, und als er in seinen Augen und Zügen las, daß der Zeitsaden zog, antwortete er schnell —“

„So wahr ich noch dem Gesetz Moses lebe! Der Land lag mir lange da, ohne daß jemand drauf bot, und ich schlug ihn mit Zurechnung der Zinsen meines Geldes los.“

„Die Zehnten sind dein, trefflicher Jude! Dies läßt allen Zweifel bei dem Geheimnis auf. Gehe, du sollst deine Belohnung erhalten, und wenn du in deinem geheimen Register etwas Näheres darüber hast, so laß es mir schnell zukommen. Gehe, guter Osea, und sei pünktlich, wie du pflegst. Ich bin von der ewigen Götterstrahlung ermüdet!“

Der Jude über den Erfolg frohlockend, nahm nunmehr Abschied, auf eine Art, worin gewohnte Gier und Schlaue

Grey gegen Lloyd George und für Umstellung der engl. Politik

London, 25. Okt. In einer liberalen Versammlung in Bradford sagte der frühere Außenminister Grey, die Art, wie die bisherige Regierung die politischen Angelegenheiten geführt habe, ruiniere das Land im Innern und gefährde es im Ausland. England sei einer vollständigen Vereinstimmung bedenklich nahegerückt. Deutschland und Rußland seien sich näher gekommen und die Türkei und Rußland seien zusammengekommen, in der Orientkrise seien Frankreich und Italien zusammengerückt. Die Vereinigten Staaten könnten sich eine Alleinstellung leisten, für England sei sie gefährlich. Der alte Einfluß Englands sei geschwunden, weil niemand sich mehr auf die englische Politik verlassen konnte. Die heute notwendige Politik müsse auf das Vorhandensein des Balkans und des Mittelmeeres abgesehen werden. Eine rein konservative Regierung sei einer Koalitionsregierung vorzuziehen. Wenn die britische Regierung erst einmal fest im Sattel sitze, könne sie der französischen und anderen Regierungen, mit denen sie zusammenzuwirken wünsche, erklären, sie beabsichtige, vollkommen frei und offen mit ihnen zu sein und wünsche einen neuen Anfang mit ihnen zu machen. So könnte der in den letzten Jahren verlorene Boden wieder gewonnen werden.

Deutscher Reichstag

Erst Reichspräsident. Der Umlagepreis angenommen

Berlin, 25. Oktober. Der Reichstag hat gestern in dritter Lesung mit 314 gegen 76 Stimmen bei 1 Enthaltung, also mit Zweidrittelmehrheit den Regierungsentwurf angenommen, der die Amtsdauer des Reichspräsidenten auf 7 Jahre, die des Reichspräsidenten Erben auf 5 Jahre verlängert. Ein Antrag Herzog (Deutschn.), des Inkrafttretens des Gesetzes auf drei Monate auszuweichen, wurde mit 110 gegen 77 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Präsident Ebert erklärte, das Gesetz mache der Vorläufigkeit der Amtsführung Eberts ein Ende, er sei nunmehr verfassungsmäßiger Präsident. Das Gesetz, das die Grenze der Verpfändbarkeit von Gehältern und Löhnen auf 120 000 Mark festsetzt, wird in dritter Lesung angenommen, desgleichen die Verlängerungsfrist der Zuckering die jährlicher Weine bis 31. März 1923. Die Erhöhung des Preises für Umlagegetreide (erstes Drittel) wird in dritter Lesung in der Ausschussfassung mit 236 gegen 160 sozialistische Stimmen angenommen.

Abg. Ledebour (bei seiner Fraktion) beantragt eine Anfrage an den Reichskanzler, auf welche Parteien er nach dieser Abstimmung seine Politik zu stützen gedente. Der Antrag wird abgelehnt. Das Haus verläßt sich bis Dienstag, 7. November.

Der sozialpolitische Ausschuss stimmte der Regierungsverordnung zu, wodurch die obere Grenze für Angestelltenversicherung erstmalig auf 840 000 M festgesetzt wird.

Zur Schuldfrage

Bereits im Jahr 1907 gelangten wir zu der festen Überzeugung, daß ein großer europäischer Krieg notwendig sei. Der Generalstab des Heeres und der Admiralstab wurden angewiesen, kräftig bei ihren Arbeiten Deutschland als Feind zu betrachten. Ich will betonen, daß der Weltkrieg von uns als rasch herannahend angesehen wurde. Wir trafen alle notwendigen Vorbereitungen, so daß die Katastrophe uns durchaus nicht überraschte. Wir haben sie ruhig erwartet und dürfen uns nur im Zeitpunkt des Kriegsausbruchs um wenige Monate geirrt haben.

(Aus den Tagebüchern des Admirals Koltschak, v. Bülow „Die ersten Stunden des Weltkriegs“ 1922.)

Bestellt den „Gesellschafter“!

Unterwürfigkeit jedes andere Gefühl völlig bemächtete. Er verschwand in die Offenau, durch welche er gekommen war. Noch dem Benehmen des Signor Grandenigo schien es, als ob der Empfang für diese Nacht vorbei sei. Er unterwarf sich sorgfältig die Schloßtüren mehrerer geheimer Fächer in seinem Kabinett, schloß die Lichter, schloß und vertiegelte die Türen und verließ den Ort. Inzwischen ging er noch in einem der äußeren Zimmer auf und ab, bis die gewöhnliche Stunde erschien, wo er sich zur Ruhe begab und der Palast wurde für diese Nacht geschlossen.

Der Leser wird einigen Einblick in den Charakter des Mannes gewonnen haben, welcher die Hauptperson der vorhergehenden Szenen gewesen ist. Signor Grandenigo war mit allem Mitleid und aller natürlichen Güte anderer Menschen begabt; aber Zufall und eine Erziehung, die eine starke Führung von den Einrichtungen der sogenannten freien Republik erhalten, hatte ihn zum Geschöpf der Politik gestempelt. Ihm schien Benedig ein Feind, weil er selbst so sehr die Wohltaten dieses Systems der bürgerlichen Gesellschaft schätzte und so schau und gelibt er auch größtenteils in weltlichen Angelegenheiten war, so konnte man doch seine Fähigkeiten in Bezug auf die politische Moral seines Landes mit einer seltenen vermittelnden Stumpfheit nennen. Er sprach ganz einseitig für Charakter, Ehre, Tugend, Religion und Personenrechte, aber wenn er aufgeföhrt wurde, sich ihrer anzunehmen, so zeigte sich in seinem Gemüt ein Streben, Alles mit weltlicher Politik zu vermischen. Als Benettoner hielt er ebensowenig von der Herrschaft eines Einzelnen, wie von der des Volkes; in Hinsicht ersterer bewies er sich als ein leidenschaftlicher Republikaner, und in Hinsicht letzterer schätzte er sich auf die sonderbare Sophistik, welche die Herrschaft der Mehrheit das Wollen vieler kleiner Tyrannen nannte. Kurz, er war ein Aristokrat. Es war ein gewaltiger Anwalt von erblichen Rechten, denn ihr Besitz war ihm nützlich; er war empfindlich gegen Neuerungen in Sitten und Gebräuchen, auch war er nicht träge, gelegentlich seine Ansichten durch Analogien aus der heiligen Schrift zu bekräftigen. (Fortf. folgt.)

Das äußerste Mittel. Besucher eines Frauengefängnisses: „Und was machen Sie, wenn eine Gefangene absolut der Beforsam verweigert?“ — Direktor: „Dann nehmen wir unsere Zuflucht zu einem Radikalmittel: wir setzen ihr eine Naus in die Röhre.“

„Tue, was du mußt, siege oder stirb, und überlaß Gott die Entscheidung.“

Der Bravo.

22) Eine venezianische Begebenheit von Fenimore Cooper. (Fortsetzung.)

„Dies würde die Weisheit des Sohns David übertreffen!“ sagte der Juncker nach langer und anscheinend fruchtloser Untersuchung; hier sehe ich nichts als eine phantastische galante Devise, wie die leichtfertigen Cavaliers der Stadt sie gern gebrauchen, wenn sie das schwächere Geschlecht mit schönen Worten und verführernden Eitelkeiten versuchen.“

„Es ist ein Herz mit dem Biesespiel durchbohrt und mit der Liebeschrift: pensa al cuore trafitto d'amore.“

„Nichts Anders, wenn meine Augen ihre Schuldigkeit tun. Ich sollte denken, daß mit diesen Worten wenig gemeint sei, Signore!“

„Sei dem wie ihm wolle, hast du nie einen Stein mit dieser Zeichnung verkauft?“
„Gerechter Samuel! Wir verkaufen ihn täglich an Christen von jedem Geschlecht und Alter. Ich kenne keine Devise, die häufiger vorkäme, und schliche daraus, daß mit dieser leichten Treue viel Handel getrieben wird.“

„Der sich derselben bediente, tat wohl, seine Gefinnungen unter einem so allgemeinen Gewande zu verbergen! Eine Belohnung von 100 Zehnten wird dem zuerkannt, der den Besitzer ausfindig macht.“

Osea war schon im Begriff, das Siegel, als kenne er es nicht, zurückzugeben, als diese Bemerkung wie zufällig den Lippen des Signor Grandenigo ent schlüpfte. In einem Moment waren seine Augen mit einem Glas von vergrößernder Stärke bewaffnet und das Papier wieder unter der Lampe.

„Ich verkaufte einen Cameol von nicht hohem Preise mit diesen Zeichen der Frau des kaiserlichen Gesandten. Da ich aber nichts Anderes bei dem Verkauf vermutete, als irgend eine seltsame Idee, beobachtete ich nicht die Vorsicht, den Stein

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, 26. Oktober 1922.

Der Schwäbische Heimatkalender 1923. Durch unsere Heimatbeilage haben wir in so vielen Fällen ein freundliches Echo aus den Kreisen unserer Leser erfahren dürfen, so daß wir nicht veräumen möchten, auch auf den bilingen Schwäb. Heimatkalender hinzuweisen, der ganz im dem Sinn u. Geist unserer Heimatbeilage gehalten ist und den gleichen Herausgeber wie die Heimatbeilage hat. Mit seinen schönen Bildern, seiner Reichhaltigkeit an Erzählungen, Anekdoten, Gedichten, Schwänken und Spässen ist er nicht nur ein Kalender, in dem man nach dem Jahrmart und nach dem Vollmond oder Neumond, sondern er ist ein Volks- u. Familienbuch, in dem man immer wieder gerne lesen wird. Der Kalender hat sich in den 3 Jahren seines Bestehens bereits die Herzen unseres Volkes erobert und es wird von allen Seiten anerkannt, daß er von jedermann, welcher politischen Anschauung und welcher religiösen Zugehörigkeit, welchen Beruf und Standes er ist, mit Gewinn und Freude gelesen werden kann, denn das was uns allen geht und was uns allen das Herz erfüllt und erwidert, ist ein großer, unerschöpflicher Brunnen, aus dem im Kalender geschöpft worden ist, und der bereit erwidert sich sicher durch Herausgabe sowohl der Beilage als auch des Kalenders ein Verdienst um unsere Heimat.

Grenzdienstarbeit. Von ihrer Grenzdienstarbeit in Elten berichtet die Evangelische deutsche Bahnhofsmission: „Mit den Jäten am 1. und 15. jeden Monats kommen etwa 200 auswandrende Mädchen durch, sonst täglich zwischen 20 und 30. Es ist erschütternd, wieviel junge Kinder von 14—15 Jahren unter diesen Auswanderenden sind, die sich nicht die geringste Vorstellung von den auf sie wartenden Gefahren machen. Ein solches junges Mädchen gab kürzlich auf die Frage, warum sie denn nach Holland wolle, die Antwort: „Na, ich will mir doch auch mal die Welt ansehen!“ — Im Monat Mai gingen allein in Elten 1446 deutsche Mädchen über die Grenze nach Holland, von denen unsere Bahnhofsmissionarin allein 1174 persönlich beraten hat, manche von ihnen kamen inzwischen zurück, und einige berichteten durch Stellensvermittlungen in zweifelhaften Häusern zu sein; wir sind zurzeit damit beschäftigt, diese Stellensvermittlungen festzustellen. Auch einzelne erschütternde Mädchenhandelsfälle wurden uns in letzter Zeit durch unsere Berufsarbeiterin mitgeteilt. — Wir sind eifrig an der Arbeit, die unbedachte Auswanderung zu verhindern bzw. darauf zu warnen und den demnach Auswandernden Schutz und Hilfe zu gewähren; es ist auch unser Bestreben, diese notwendige Arbeit noch weiter auszubauen.“

Leichenschau und Begräbniswesen. Am Dienstag fand im Gasth. g. Eisenbahn hier eine Besammlung des Verbands für das Leichenschau und Begräbniswesen Württembergs statt. Der vom Verband entsandte Referent Leichenschauer Michael Obermair gab in seinen Ausführungen ein anschauliches Bild über die im Verhältnis der sozialistischen Bewegung unzulänglichen Anstaltungsverhältnisse. Es wurde hingewiesen auf den Min. Erlass im Reg. Bl. Nr. 47 betr. Gebührenfestsetzung für die Leichenschauer. Die Totengräber arbeiten voreist bis zur gesetzlichen Regelung zur Selbsthilfe und haben für Anfertigung eines großen Grabes einen Mindesttarif von 300 M (Rinderkadaver die Hälfte) festgesetzt. Feuertarifsätze vorbedachten. In Anbetracht, daß die Tätigkeit eines Totengräbers einschließlich der Beerdigung selbst, innerhalb 12—16 Stunden in Anspruch nimmt, ist dieser Gehaltsfuß als sehr bescheiden zu bezeichnen, im Gegensatz zu dem heute üblichen Stundenlohn. Als Vertreter der Regierung wohnte der Besammlung H. Oberfeldkirch bei, welcher zu den Ausführungen des Referenten noch erläuternde Anmerkungen gab. Es wurde beschlossen an einem der nächsten Sonntage im O. B. Bezirk weitere Versammlungen abzuhalten, welche durch die gewählten Vertrauensmänner geleitet werden.

Die neuen Postgebühren

Der Verkehrsbeitrag der Reichspost hat folgenden Vorschlägen des Ministeriums zugestimmt: Die Gebühren für Postkarten, Briefe, dienstliche Aktenbriefe von Behörden, Drucksachen, Ansichtskarten, Geschäftspapiere, Warenproben, Nachsendungen, Päckchen, sowie die Versicherungsgebühren werden verdoppelt. Postanweisungen kosten für 100 M 10 Mark, steigend bei 5000 bis 10 000 M auf 40 M.

Beim Paketverkehr werden die Gebühren unter Beibehaltung der ersten Gewichtstufe bis 5 Kilo für das überrückende Gewicht von Kilo zu Kilo gestaffelt. Danach kosten Pakete in der Nahzone (bis 75 Kilometer) bis 5 Kilogramm 60 M und steigend bis 10 Kilogramm um 12 M je Kilogramm, von 11 bis 20 Kilogramm um je 24 M. In der Fernzone (über 75 Kilometer) werden die Sätze verdoppelt, ebenso die Auslandsgebühren. Ein Paket bis 5 Kilo kostet demnach auf eine Entfernung von über 75 Kilometer mindestens 120 Mark.

Die Telegrammgebühren stellen sich wie folgt: für gewöhnliche Telegramme auf alle Entfernungen: 1. Grundgebühr 20 M, 2. Wortgebühr 10 M für jedes Wort, bei Orts- und Pressetelegrammen 10 M Grundgebühr und 5 M Wortgebühr.

Beim Postschekverkehr soll die Gebühr für Barzahlung mit Zahlkarte der höheren Postanweisungsgebühr angepaßt, d. h. auf die Hälfte dieser Gebühr festgesetzt werden. Für bargeldlos beglichene Zahlkarten wird dieselbe Gebühr, im Höchstfall eine Gebühr von 50 M für die Zahlkarte, erhoben. Für jede von der Zahlkarte des Postschekamts bargeldlos und für jede an die Abrechnungsstelle der Reichsbank beglichene Auszahlung beträgt die Gebühr 1 v. Tausend des im Schek angegebene Betrags, für jede Barauszahlung durch eine Zahlstelle des Postschekamts, sowie für die Ueberweisung des Scheks durch das Postschekamt an eine Postanstalt und für jede weitere Behandlung des Scheks 5 vom Tausend des im Schek angegebene Betrags.

Wie der Reichspostminister mitteilt, wird auch bei Annahme dieser vorgeschlagenen Sätze noch ein Fehlbetrag der Reichspost für das Jahr 1922 von 35 Milliarden Mark verbleiben, und der Minister war so freundlich, gleich wieder einige weitere Gebührenerhöhungen in Aussicht zu stellen. — Die Gebührenvorlage geht nunmehr an den Reichsrat und den Verkehrsbeitrag des Reichstags.

Wittberg, 25. Okt. Vortrag. Am letzten Sonntag hielt Herr Gewerbeschulrat Aldinger von Calw im hiesigen Gewerbe- und Handelsverein einen äußerst interessanten Vortrag „Ueber Preisbildungen“. Zunächst betonte er die Notwendigkeit, daß der Geschäftsmann heute sich genaue Aufschlüsse über sein eingekauftes Material, über seine allgemeinen Lasten und die Höhe mache. Dann zeigte er verschiedene Wege, wie der Handwerksmann den Verkaufspreis seiner Ware mit der jeweiligen Taxierung in Einklang bringen kann, so daß er einerseits nicht zu billig absetzt und dadurch immer ärmer wird, andererseits nicht mit dem Wucherparagrafen in Konflikt oder beim Publikam in den Geruch eines Wucherers kommt. Nach dem Vortrag legte eine lebhaft ausgeführte, die noch über manche andere Frage weitere Klarheit schaffte. Der gute Besuch des Vortrags, besonders auch von Handwerksleuten aus der Umgegend, zeigte deutlich, wie notwendig es ist, daß auch die Geschäftsleute der kleineren Plätze sich zusammenschließen und zusammenkommen müssen, um sich über brennende Fragen ihres Berufs in zwangloser Weise auszusprechen zu können. Im Laufe des Vortrags soll im hiesigen Gewerbe- und Handelsverein von verschiedenen Rednern noch über weitere in gegenwärtiger Zeit wichtige Handwerkerfragen gesprochen werden.

Württemberg

Stuttgart, 25. Okt. Aller Anfang ist schwer. Am Montag und Dienstag hat es gerade in der verkehrreichsten Zeit größere Störungen auf dem neuen Hauptbahnhof gegeben. Die Züge, die fahrplanmäßig ankamen, mußten eine halbe oder gar eine ganze Stunde in den sogenannten Wartegruppen liegen, bis sie einfahren konnten. Das durch die Verzögerung sowieso schon aufgedrängte Publikum richtete dann in der Vorhalle große Bewirung an. Die Verkehrsstörungen sind darauf zurückzuführen, daß das Personal noch nicht an den neuen Betrieb gewöhnt ist. Die Reichsbahndirektion hofft, nach Verlauf von einigen Tagen das Personal so eingearbeitet zu haben, daß der Verkehr in der nächsten Woche wieder normal sein wird.

Stuttgart, 25. Okt. Vom Landtag. Im Finanzausschuß verlangte bei Beratung der Wohnungsfürsorge ein Vertreter des Zentrums die Rückerstattung des Kapitals, wenn der Bauende ungerochten Gewinn bei den Baukostenzuschüssen gemacht habe. Der Staat solle selbst die Baukostenzuschüsse der Beamtenwohnungen lebhafter betreiben und den Genossenschaften mehr Unterstützung gewähren. Zu dem Zweck solle eine Anleihe ausgenommen, die Mietabgabe erhöht und ein außerordentlicher Holzbeitrag durchgeföhrt werden. Letzteren erklärte der Finanzminister nach dem einstimmigen Urteil der Sachverständigen für unmöglich, es sei schon stark genug auf die Waldbestände hineingehaft worden. Auch eine Anleihe könne bei den jetzigen Finanzverhältnissen nicht in Frage kommen. Der Minister des Innern teilte mit, daß Wohnungsbedürfnis habe nicht abgenommen. Ende Juni fehlten in Stuttgart allein 8081 Wohnungen. Der Reichstagsausschuß habe eine solche Wohnungsabgabe beschloffen, daß 150 000 Wohnungen gebaut werden können. Auf Württemberg kämen etwa 7—8000. Mit den größeren Gemeinden soll wegen Erleichterung von Altersheimen verhandelt werden, damit man auf diese Weise Wohnungen frei bekomme. Eine neuwertige private Bauartigkeit sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen ohne größere Unterstützung nicht zu erwarten. Die Wohnungsabgabe wird nach der Mitteilung des Finanzministers in Württemberg jährlich 250 Millionen Mark einbringen. Eine Wohnung sei zu 2 Millionen Mark Kosten berechnet. Wenn jene 7000 Wohnungen erstellt würden, so würde das eine Erhöhung der Wohnungsabgabe um 14 Milliarden in Württemberg bedeuten, was undenkbar sei. Allgemeine Steuermittel aber können für den Wohnungsbau nicht in Betracht kommen. Ein von sozialdemokratischer Seite gestellter Antrag, der unmittelbare Beteiligung des Staats an den sozialen Baubetrieben (Genossenschaften) mit staatlichen Mitteln verlangt, wurde mit 11 (Ztr., Vp., Bdd. und Dem.) gegen die 4 sozialistischen Stimmen abgelehnt.

Stuttgart, 25. Okt. Studentenhilfe für die Landwirtschaft. Der Landw. Hauptverband teilt mit: 350 Studierende der Maschinenbauhochschule in Esslingen und eine große Anzahl Studierenden der Universität Tübingen sind bei Landwirten zur Vergung der Kartoffelernte untergebracht worden. Studenten von Tübingen und von der Technischen Hochschule in Stuttgart stehen in großer Anzahl noch weiter zur Verfügung, um die Kartoffelernte zu vergen. Wo Bedarf ist, möge man sich telephonisch an den Landes-Hauptverband in Stuttgart wenden (Telephon 5289).

Stuttgart, 25. Okt. Kartoffelpreis. Die staatliche Kommission zur Festsetzung des Preises für Kartoffeln hat folgende mittlere Marktpreise angegeben: gelbliche Speisekartoffeln 370 M., weiße Speisekartoffeln 350 M., rote und blaue 330 M. Richtpreise wurden nicht festgelegt.

Stuttgart, 25. Okt. Hopfenernte in Württemberg im Jahr 1922. Nach der diesjährigen Anbauzeit waren in Württemberg 70 Gemeinden (im Vorjahr 65) vorhanden, in denen die mit Hopfen angebaute Fläche je mindestens 5 Hektar betrug. In diesen 70 eigentlichen „Hopfengemeinden“ betrug die Hopfenanbaufläche insgesamt 1127,5 (1014,7) Hektar. Nach vorläufiger Schätzung betrug im Jahr 1922 der Gesamtertrag von Hopfen 17 036 Zentner, das ergibt auf 1 Hektar 15,2 (8,4) Zentner. Der mittlere Hektarertrag im zehnjährigen Durchschnitt 1912—1921 berechnet sich zu 12,6 Zentner. Auch die diesjährigen Hopfenpreise sind weit höher als im Vorjahr; sie bewegten sich für die heurige Hopfenernte bis jetzt zwischen 17 000 bis 28 000 Mark für einen Zentner gegen 4000 bis 6500 Mark zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. Auch nach der Güte übertrifft die heurige Ernte die vorjährige wesentlich.

Juderverteilung. Wie man hört, sollen in Stuttgart im November zwei Pfund Markenzucker auf den Kopf verteilt werden. Für den Monat Oktober wird für Stuttgart (nicht für das übrige Land, wie irrtümlich eine Nachrichtenstelle meldete) ein Pfund ausgegeben. — Der Preis für den Markenzucker ist bekanntlich von der Reichsregierung vorläufig auf 50 Mark für das Pfund neuer Ernte festgesetzt worden. Allerdings ist noch nicht bekannt, wann die neue Ernte zur Verteilung kommt. Markenfreier Inlandzucker wird zurzeit mit 70 bis 90 Mark bezahlt. Auslandszucker kostet 110 bis 130 Mark.

Stuttgart, 25. Okt. Neue Fleischpreiserhöhung. Die Stuttgarter Metzger-Innung hat den Preis für das Pfund Schweinefleisch von 370 auf 400 Mark, Hammelfleisch auf 200 M., Schaffleisch auf 145—150 M. erhöht. Die Preise für Kalb- und Ochsenfleisch bleiben unverändert.

80. Geburtstag. In körperlicher und geistiger Frische begeht am 30. Oktober Oberlehrer a. D. Gustav Jene die Feier seines 80. Geburtstages.

Erhöhung der Güllertarife. Die Eisenbahnverwaltung wird die Frachtgebühren am 1. November um 50 Prozent erhöhen.

Sparfamer Papierverbrauch in der Schule. In einem Erlass des Evang. und Kath. Oberschulrats in Württemberg wird zum sparsamen Papierverbrauch in der Schule gemahnt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Höhe des Papierpreises, der Druckkosten und der Buchbinderlöhne zu einer Gefahr für den richtigen Schulbetrieb zu werden droht.

Canstätt, 25. Okt. Raubmord. Heute vormittag wurde die 44jährige ledige Spinnlerin Karoline Pfeiffer von dem freien Platz zwischen Kunstmühle und Sitterkog ermordet aufgefunden. Die Pfeifferin war erdrosselt worden, doch zeigte die Leiche auch Verletzungen am Kopf und Unterleib. Die Ermordete war dem Trunk ergeben und trieb sich viel in Wirtshäusern herum, um Männer in Arbeitsleistung im Alter von 45 bzw. 36 Jahren, mit denen die Pfeifferin am Dienstagabend gesehen wurde. Auf die Ermittlung der Täter hat die Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 10 000 Mark gesetzt.

Canstätt, 25. Okt. Die Nacht des Gewissens. Dieser Tage kam ein junger Mann in ein hiesiges Geschäft der Papierwarenbranche und verlangte den Inhaber zu sprechen. Dabei übergab er diesem eine Beantnote mit der Bemerkung, er habe vor einigen Jahren gelegentlich etwas mitgenommen, ohne es bezahlt zu haben. Sein Gewissen habe ihm keine Ruhe gelassen und er wolle deshalb eine Entschädigung für das Abhandlungselmommen leisten. Der Geschäftsinhaber, erfreut über den noch gewordenen Ehrlichkeitsinn, nahm die Entschuldigung an und überwies den Betrag einer Sammlung für dringende Nothilfe.

Schorndorf, 25. Okt. Spende. Durch Schüler aus Hausbrunn wurden dem Marienstift hier 6 Säde Äpfel, 4 Säde Korianders, 1 Korb Dörrobst als Geschenk überbracht. Grublingen O. G. Göttingen, 25. Okt. Jagdunfall. Infolge eigener Unvorsichtigkeit wurde ein 16jähriger Treiber bei einer Treibjagd angeschossen und tödlich verletzt.

Rothweil, 25. Okt. Brand. Das Dekonomie-Anwesen des Landwirts Franz Faul ist in der Nacht auf Mittwoch abgebrannt. Das Vieh konnte mit Mühe gerettet werden.

Saßgau, 25. Okt. Kriegerdenkmal. Am Sonntag fand hier die Einweihung des Kriegerdenkmals statt. Es bildet eine Nische mit einer über lebensgroßen „Beweinung Christi“, mit 4 Figuren (Rittergottes, Lehnman Jesu, hl. Johannes und ein römischer Krieger). Auf 10 Tafeln sind die Namen der 213 Gefallenen, und am Sockel der Hauptgruppe die Namen der 46 gefallenen Lehrer und Schölinge des Lehrerseminars angebracht. Der Plan zur Gesamtanlage stammt von Regierungsbaumeister Schöffler-Stuttgart, der künstlerisch hochwertige figürliche Teil von dem akademischen Bildhauer F. Stohian hier.

Göppingen, 25. Okt. Brand. In der Baumwollspinnerei an der Fils ist gestern nachmittag beim Zerreiben von Rohbaumwolle durch Maschinen entzündet infolge Selbstentzündung oder durch einen abgesprungenen Funken eine Partie Baumwolle in Brand geraten, der jedoch von Betriebsangehörigen, ehe er größere Ausdehnung annehmen konnte, gelöscht wurde. Der Sachschaden beträgt 2 bis 300 000 M.

Adelmannselden, 25. Okt. Ein Raubmord. Die 53 Jahre alte Frau des Bauern Georg Bäuerle in Papiermühle hiesigen Gemeindebezirks wurde gestern abend, als die übrigen auf dem Felde befindlichen Bewohner nach Hause kamen, mit dem Gesicht auf dem Boden liegend tot aufgefunden. Sämtliche Schränke und Kisten waren durchwühlt, das Geld geraubt. Als Täter kommen zwei Fremde in Betracht.

Otterswang, 25. Okt. Milchvergiftung. Die hiesigen Milchverbraucher erhalten den Milch um 25 M. Die eine Hälfte an der Verbilligung zahlen die Erzeuger und die andere Hälfte der Käufer.

Schlier, 25. Okt. Ravensburg, 25. Okt. Verurteilung. Henrauh. Nachts löste ein Dieb mit einem Prügel das Fenstergitter der Sakristei und stieg durch diese Öffnung ein. Die Konfranz, auf die er es allem Anschein nach abgehehen hatte, besand sich nicht im Tabernakel, und so mußte der Dieb unverrichteter Sache abgehen.

Der kofifate Maulwurf. Gegenwärtig werden für Maulwurfjagd im Großhandel 200—300 M. bezahlt. Natürlich locken diese hohen Preise zum Fangen des immer weniger werdenden Maulwurfs, ungeachtet des bestehenden Verbots und der darauf stehenden hohen Strafen. Jedermann, auch der Eigentümer der betreffenden Grundstücke, bedarf der erforderlichen behördlichen Erlaubnis zum Maulwurfjagd. Neben der Strafe werden die Falken, Maulwürfe und Felle von solchen, die unerlaubt gefangen worden sind, weggenommen. Eltern und Lehrern sollten daher ihre Kinder und Schüler von dieser strafbaren Handlung, die gerichtlich geahndet wird, abhalten, um sie vor Strafe zu schützen.

Illerlei

Das Bismardrama freigegeben. Das Kammergericht Berlin hat, unter Aufhebung der vorgängigen landgerichtlichen Urteile, das „Bismardrama“ des Schriftstellers Ernst Ludwig freigegeben und die Einsprüche des Vertreters des Kaisers abgewiesen. — Nach diesem Urteil sind nunmehr die Rechte der Schriftsteller zur dramatischen Bearbeitung zeitgeschichtlicher Persönlichkeiten und die Befugnis zu ihrer schau-spielerischen Darstellung gerichtlich anerkannt. Der Buchvertrieb und die öffentliche Aufführung des Ludwigschen Dramas sind daher jetzt gestattet.

Die älteste deutsche Eisenbahn soll stillgelegt werden. Die Ludwigsbahn, die 1834 als erste deutsche Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth erbaut worden ist, soll wegen Unrentabilität den Betrieb einstellen. Allerdings ist die Stadt Fürth an Nürnberg mit dem Ersuchen herangeraten, die Bahn zu übernehmen und in ihr elektrisches Straßenbahnnetz einzubeziehen.



Verhüttet. Beim Bau von Genossenschaftshäusern in Friedberg (Oberbayern) wurden 3 Arbeiter durch Sandmassen verschüttet und erschlagen.

Legte Drahtnachrichten.

Erhöhte Kohlenablieferung

Berlin, 25. Okt. Nach Blättermeldungen hat die Pariser Entschädigungskommission in einer Note, die Mitte Oktober in Berlin eintraf, eine um 200 000 Tonnen erhöhte monatliche Kohlenablieferung verlangt. Die Reichsregierung erklärte die Forderung für unmöglich, da jetzt schon Deutschland genötigt ist, für mehr als 8 Milliarden Mark monatlich ausländische Kohle einzuführen.

Fahrradparade

Neapel, 25. Okt. Heute beginnt in Neapel eine Heerschau der Fahrräder von ganz Italien, die in voller militärischer Ausrüstung in Stärke von 20 bis 30 000 Köpfen eingetroffen sind; darunter befindet sich eine Frauenabteilung und eine Fliegerstaffel. Russische Fahrräder werden die Schau abhalten. Nach dem Blatt „Paese“ soll die Regierung eine Truppenmacht von 25 000 Mann „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ aufgebieten haben.

Amerikanische Abrüstung?

Paris, 25. Okt. „Chicago Tribune“ berichtet aus Washington, Staatssekretär Hughes habe die fünf Freistaaten von Mittelamerika auf 4. November zu einer Konferenz eingeladen, auf der die Abrüstung besprochen werden soll. Diese Konferenz soll ein weiterer Schritt zum Eintritt der Vereinigten Staaten in die „Gesellschaft der Nationen“ (nicht zu verwechseln mit dem Völkerbund!) sein, die die republikanische Partei versprochen habe als ein Mittel zur Erhaltung des Weltfriedens. — Es ist einigermassen verdächtig, daß dieser versprochene „Schritt“ so lange hat auf sich warten lassen; bei der berühmten Washingtoner Konferenz wäre doch die Zeit für die amerikanische Abrüstung gegeben gewesen. Allerdings stehen jetzt die Wahlen vor der Tür! —

Sozialistische Anfrage über den Prozeß Fehrenbach

Berlin, 25. Okt. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag eine große Anfrage über das Urteil des Münchener Volksgerichts im Landesverratsprozeß gegen Fehrenbach und Genossen eingebracht. Das Gericht habe das Verbrechen in der Nachrichtenverbreitung ans Ausland über Geheimorganisationen erblickt, die durch Reichsgesetz verboten seien; ob die Reichsregierung diese Rechtsprechung für vereinbar mit den Gesetzen halte; wie sie den durch die bayerischen Volksgerichte geschaffenen Zustand der Rechtsicherheit und deutsche Rechtsreinheit in dieser herzuheben gedenke und was sie für die Opfer der Volksgerichtsjustiz tun wolle. — Das wird nun die Bayerer wieder auf den Plan rufen.

Ueberfall auf ein Postamt.

Berlin, 25. Okt. Gestern abend drangen in das Postamt in Heerstraße bei Eberswalde sechs maskierte Männer ein. Sie zwangen die Beamten, in ein Zimmer zu treten,

wo sie eingeschlossen wurden. Die Räuber forderten für drei Millionen Mark Postwertzeichen zusammen mit 1 1/2 Millionen Bargeld ein und verließen damit das Postamt. Die Täter konnten bisher noch nicht gefaßt werden. Auch die Berliner Kriminalpolizei wurde sofort verständigt.

Legte Kurzmeldungen.

Berlin, 25. Okt. „D. L. M.“ drängen auf einen in Freiberg an der Elbe liegenden Schoner mehrere Leute, verlegten den Kapitän durch Schüsse, überwältigten die Mannschaft und entführten den Schoner nach der Lademündung, wo er strandete. Der Schoner gilt als verloren. Die Piraten wurden verhaftet.

Weimar, 25. Okt. Der bekannte Goetheforscher Dr. Wilh. Bode, der kürzlich von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn überfahren wurde, als er einem Kriegsbeschädigten beim Verlassen des Wagens helfen wollte, ist gestern nacht seinen schweren Verletzungen erlegen.

Im Anschluß an die Besprechung mit den sog. Führern land die Konferenz der Berl. Bankleute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers statt. Die Besprechungen, die gestern noch keine Beschlüsse zeitigten werden fortgesetzt werden.

Die bevorstehende Beratung der Reichsregierung mit den ausländischen Finanzsachverständigen wird sich laut „Berl. Tagebl.“ in der Form abspielen, daß die Reichsregierung zuerst die Ansichten der einzelnen Vertreter anhört und dann eine allgemeine Finanzkonferenz der deutschen und der ausländischen Sachverständigen, sowie der Regierungsovertreter veranstaltet wird.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes wird nach demselben Blatt dieser Tage aus Kissingen zurückkehren, um an den weiteren Finanzbesprechungen und den wahrscheinlich am Dienstag beginnenden Verhandlungen mit der Reparationskommission teilzunehmen. Das Reichsfinanzministerium dürfte bestimmte Vorschläge zur Stabilisierung der Mark unterbreiten. In der gestrigen Sitzung machte sein Vertreter nähere Ausführungen über die innere Goldanleihe.

Handelsnachrichten

Dollar Kurs am 25. Okt. 4501.20 (4491.—) Mark.
1 Dtl. Sterl. 19 850.20, 100 holl. Gulden 174 562.—, 100 Schweiz. Fr. 81 795.—, 100 franz. Fr. 31 429.—, 100 ital. Lire 17 855.—, 100 österr. Kr. 6.08, 100 tschech. Kr. 14 413.—, 100 poln. Mark 10.—

Festsetzungen in der deutschen Flachindustrie. Die deutsche Flachindustrie befindet sich in einer schwierigen Krise, die nicht zuletzt durch den gegenwärtigen Zustand unserer Mark hervorgerufen wurde. In fast allen Werken mußten Festsetzungen eingeführt werden, da der Auftragsbestand außerordentlich gering ist und namentlich die Eingänge von Auslandsaufträgen fast sämtlich zurückgefallen sind.

Erhöhung der Kohlen- und Eisenpreise. Zum 1. November steht eine neue beträchtliche Erhöhung der Kohlen- und Eisenpreise bevor. Der Stabeisenpreis soll auf etwa 100 000 M für die Tonne festgesetzt werden gegen 100 M in Friedenszeiten.

Höhere Holzpreise. Der Verein deutscher Sammelreisfabrikanen hat die Preise ab 23. Oktober wie folgt erhöht: Fichten-, Kiefer-, Buchen- und Eichenholz um 10 Prozent, Tanne-, Kiefer- und Buchenholz um 20 Prozent.

Stuttgarter Börse, 25. Okt. Die Verkaufsbewegung hielt auch heute weiter an; nachdem sich jedoch neue Käufer eingestellt hatten, blieben die Kursermäßigungen verhältnismäßig gering. Das Geschäft hat etwas abgenommen, weil die Nachfrage der morgigen Rubel tag, welcher infolge der nach ansehlicher Arbeit notwendig geworden war, die Geschäftstätigkeit der Spekulation. Der Grundton der Börse war fest.

Republikaner Börse- und Kassebörse, 25. Okt. In der Wälder Börse- und Kassebörse wurden nicht durchsichtliche Kurse: Zucker 408.93 M (Vormoche: 375.82), Weizen 193.16 (180.47) M, Roggen 290.30 (282.11) M. Die Nachfrage war neuerdings sehr gut.

Siedenscher Holzmarkt. Am Radeckhammermarkt trat sehr starke Nachfrage hervor, ohne daß die Versorgung der Holzgewerke auch nur mit den allernotwendigsten Posten bewerkstelligt werden konnte. Das höchste Forstamt Wildbad, das rund 1675 Kubikmeter Radeckhammerholz 1.—6. Klasse an den Markt brachte, erzielte 1347 v. H. der Grundpreise, nämlich für 1. Klasse 28 287 M, für 2. Klasse 25 588 M, für 3. Klasse 11 809 M, für 4. Klasse 20 879 M, für 5. Klasse 18 858 M und für 6. Klasse 15 401 M je Kubikmeter ab Wald. Der Begehr nach Papierholz durch die Zellstoff-Fabriken war auch weiterhin sehr stark, die Andienung aber mäßig. Im Markgräf. Forstamt Salem wurden letzten über 850 Kubikmeter Papierholz 1.—3. Klasse verkauft, wobei sich die Preise zwischen 7504 und 8202 M je Kubikmeter ab Wald bewegten. Das Forstl. Forstamt Dilschingen, das etwa 130 Kubikmeter erforstetes Papierholz verkaufte, erzielte für 1. Klasse 8208 M, für 2. Klasse 7208 M und für 3. Klasse 5608 M ab Wald.

Märkte

Stuttgarter Markt, 25. Okt. Dem Markobstmarkt auf dem Nordbahnhof wurden in der Zeit vom 21. bis 23. Oktober 28 Wagen neu zugeführt, davon 26 aus Württemberg, 1 aus Bayern und 1 aus Baden. Der Preis betrug wagenweise für 10 000 Kilo 56 000 bis 64 000 M, im Kleinverkauf 300—340 M der Zentner. — Dem Markobstmarkt auf dem Wilhelmplatz waren 4000 Zentner zugeführt. Preis 300—350 M der Zentner. — Der Silberkrautmarkt auf dem Charlottenplatz war mit 500 Stk. besetzt. Preis: 450 M der Zentner.

Zutlingen, 25. Okt. Dem Obstmarkt waren 1800 Zentner Mostobst und 1200 Zentner Wirtschaftsobst zugeführt. Mostobst kostete 380—400 M der Doppelzentner, Wirtschaftsobst haltbare Sorten 800—800 M, weniger haltbare Ware 400—500 M der Zentner. Die ganze Zufuhr wurde verkauft.

Reutlingen, 25. Okt. Der Schranne waren zugeführt: Weizen 200 Kilo, Haber 303 Kilo, Dinkel 566 Kilo. Verkauft wurde alles. Erlös für Weizen 13 000 M, Haber 7300—8000 M, Dinkel 7000 je pro Doppelzentner.

Herbstnachrichten

Stuttgarter-Göbelberg, 25. Okt. Lese nahezu beendet. Qualität über Erwarten gut. Räte zu 25 000 M für 3 Hektoliter. Noch einige gute Reste feil. — Gaisburg. Lese nahezu beendet. Räte zu 16 000, 19 000 und 20 000 M für 3 Hektoliter. Noch mehrere Reste feil. — Oberkochen. Bis jetzt ein Kauf zu 24 000 M für 3 Hektoliter.

Herzog. Weingut Eßlingerberg (Maulbrunn), 24. Okt. Zum Verkauf kommen am Freitag, 27. Okt., vorm. 11 Uhr: rund 80 Hektoliter Weingemisch, rund 30 Hektoliter Rotgemisch, rund 30 Hektoliter Rotlese. Das Erzeugnis ist sorgfältig ausgelesen.

Wetter-Bericht

Allmählich kommt wieder Hochdruck auf, unter dessen Einfluß am Freitag und Samstag kaltes, meist trockenes Wetter zu erwarten ist.

Mitliche Bekanntmachung.

Oberamt Nagold.

Betreff: Abgabe von Krankmehl.

Der Kommunalverband hat noch einen Restbestand von Weismehl zur Abgabe an Kranke, Kinder und Verwundene über 70 Jahren. Das Mehl wird auf die Ausschlagsmarken 1 und 2 der Distrikte abgegeben und zwar erhalten Kinder auf Marke 1 2 1/2 Pfd., Erwachsene auf Marke 1 und 2 je 2 1/2 Pfd., zusammen 5 Pfd. Die Ausschlagsmarken können sofort zur Abstempelung vorgelegt bezw. eingefügt werden.

Der Preis für Weismehl ist Mt. 24.— per Kilogramm.

Die von den Bäckern und Mehlhändlern eingenommenen Ausschlagsmarken sind alsbald an den Kommunalverband zur Kontrolle einzufenden. Sollten sich Differenzen ergeben, so wird für jedes fehlende Kilogramm Mehl der Auslandspreis nachberechnet.

Nagold, den 25. Okt. 1922.

Müng.

Ebhausen.

Bieh-, Krämer- u. Flachs-Markt
am 28. Oktober 1922.

Bei der günstigen Lage der hiesigen Gemeinde im Mittelpunkt des Bezirkes werden Verkäufer und Käufer zu zahlreichem Besuch eingeladen.

Schultheißenamt: Dengler.

Jeden Samstag
Frucht-, Obst- und Gemüse-Markt
auf der Fruchtstrasse,
in der Vorstadt u. d. alten Kirchturm.

Zwei
Läufer-schweine
verkauft
Eißler, Gündringen.

50 bis 60 Erdarbeiter
finden dauernde Beschäftigung.
Baustelle Sulz O.A. Nagold.
1231 Bauunternehmer Renz.

Der neue
Posttarif
gültig ab 1. Okt. 1922
ist einzusehen bei
G. W. Zaiser Nagold.

Zwei
Ziegen
(4 u. 2jähr.)
verkauft Samstag den
28. Okt. nachm. 2 Uhr.
Fr. Renz
Rübiers Witwe (Jnsel).
Sulz 10—15 Str.

Angerfen
kann abgeben
1233 die Oblor.

Landwirte!
Biehhalter!
Benutzen bei Zeiten
Futterkalk
„DROGEROL“
bei. Ich
dann fühlen Ihre Tiere
Reis sich wohl.
Zu haben in den be-
kanntesten Verkaufsstellen.
Hersteller:
Drog. Werke G. Hüffel
Nagold-Haigerloch.

Wasser-versorgung
Sulz.
Zur Ausführung der
Erdarbeiten für die
Wasser-versorgungsan-
lage werden

100 Erd-
Arbeiter
gesucht.

Gute Bezahlung. Zu
melden am Montag auf
der Baustelle. 1239

Die Bauleitung:
Raupp.

Gesangbücher
in schöner Auswahl
bei
Buchhandlung
Zaiser, Nagold.

Forstamt Nagold.
Laubverkauf.
Am Samstag, den 28.
Oktober 5 Uhr wird aus
dem Staatswald Schloß-
berg das Laub von den
Bäumen verkauft bei der
Eiche am Schloßberg. 1230

Wasser-versorgung
Sulz.
Zur Ausführung der
Erdarbeiten für die
Wasser-versorgungsan-
lage werden

100 Erd-
Arbeiter
gesucht.

Gute Bezahlung. Zu
melden am Montag auf
der Baustelle. 1239

Die Bauleitung:
Raupp.

Gesangbücher
in schöner Auswahl
bei
Buchhandlung
Zaiser, Nagold.

Reisfelden-Walldorf.
Hochzeits-Einladung.
Zur Feier unserer ehelichen Verbindung
bitten wir uns, Verwandte, Freunde und
Bekanntes auf
Samstag, den 28. Oktober 1922
in das Gasth. „Walldorf“ in Reisfelden
freundlichst einzuladen. 1227

Fritz Marquardt **Berta Mayer**
Mutter, Sohn des Tochter des
Joh. Gg. Marquardt Joh. Mayer, Fuhr-
bauer in Reisfelden, Mann in Walldorf.
Abgang 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung
entgegenzunehmen.

Hochzeitskarten fertigt **G. W. Zaiser**

Einen gebrauchten, gut-
erhaltenen
Herb
verkauft 1237
Pauline Großmann
Jnsel, Nagold.

Im Auftrag zu ver-
kaufen: Sehr guten
Hochzeits-
Anzug
u. 2 Mäster.
Friedrich Klais
Nagold. 1236

